

**Antrag 306/II/2023****Burkhard Zimmermann, Timo Schramm****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Nicht an den falschen Stellen sparen: Investitionen in den gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern**

1 Die SPD als linke Volkspartei hat in dieser Ampel-  
 2 Regierung viele Instrumente zur Sicherung des sozialen  
 3 Zusammenhalts in unserer Gesellschaft auf den Weg ge-  
 4 bracht. Dazu gehören die Ausweitung des Wohngelds, Ab-  
 5 schaffung von Hartz IV durch die Einführung des Bürger-  
 6 gelds, deutliche Erhöhung des Kindergelds, Erwerbsmin-  
 7 derungsrente und Erhöhung des Mindestlohns.  
 8 Deutschland musste und muss aber mit multiplen Krisen-  
 9 lagen umgehen. Das ist eine Herausforderung für die öko-  
 10 nomische Situation Deutschlands. Um zukünftigen Ge-  
 11 nerationen gerecht zu werden, ist eine verantwortungs-  
 12 volle Haushaltspolitik notwendig. Gleichzeitig ist das so-  
 13 ziale Miteinander in unserem Land in Gefahr. Unsicherheit  
 14 und Angst vor sozialem Abstieg sind Sorgen, auf welche  
 15 die Politik adäquate Lösungen finden muss.  
 16 Wir müssen festhalten, dass die Desinformation und der  
 17 Populismus, welche mit der Corona-Pandemie noch ein-  
 18 mal zugenommen haben, eine ernstzunehmende Bedro-  
 19 hung für unsere demokratische Gesellschaft darstellen.  
 20 Die Umfragewerte der AfD sind Ausdruck dessen. Rechts-  
 21 extreme meinen nun wieder salonfähig geworden zu sein.  
 22 Die Mitte Studie bezeugt eine Verdreifachung rechtsex-  
 23 tremer Weltbilder in der Bevölkerung. Hass und Hetze und  
 24 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind auf dem  
 25 Vormarsch.  
 26 Der aktuelle Entwurf für den Bundeshaushalt sieht dras-  
 27 tische Kürzungen vor, u.a. in gerade jetzt so wichtigen Be-  
 28 reichen wie

- 29 • die Kinder- und Jugendhilfe,
- 30 • Migrationsberatung für Zuwandernde,
- 31 • Familien- und Jugendbildungsstätten
- 32 • Bundeszentrale Politische Bildung.

33 Die Sparmaßnahmen haben weitere deutliche Folgewir-  
 34 kungen auf die Finanzsituation der Länder und Kommun-  
 35 nen.  
 36 Als Sozialdemokratie dürfen wir es nicht zulassen,  
 37 dass die Handlungsfähigkeit des Staates unter einer  
 38 Austeritäts- und Steuervermeidungsideologie geopfert  
 39 wird und stattdessen Hass und Hetze zu einer Abschot-  
 40 tung vor Migrant:innen führen und damit dem „Tritt nach  
 41 unten“ der Weg bereitet wird.  
 42  
 43 Daher fordern wir:

- 44 • Aussetzung der Schuldenbremse auf Bundesebene
- 45 • die Rücknahme der Sparmaßnahmen in den oben
- 46 genannten Bereichen
- 47 • Zukunftsweisende und massive Investitionen in Bil-

Die Landesgruppe Berlin wird aufgefordert, sich in den  
 laufenden Haushaltsverhandlungen einzusetzen:  
 Die SPD als linke Volkspartei hat in dieser Ampel-  
 Regierung viele Instrumente zur Sicherung des sozialen  
 Zusammenhalts in unserer Gesellschaft auf den Weg ge-  
 bracht. Dazu gehören die Ausweitung des Wohngelds, Ab-  
 schaffung von Hartz IV durch die Einführung des Bürger-  
 gelds, deutliche Erhöhung des Kindergelds, Erwerbsmin-  
 derungsrente und Erhöhung des Mindestlohns.

Deutschland musste und muss aber mit multiplen Krisen-  
 lagen umgehen. Das ist eine Herausforderung für die öko-  
 nomische Situation Deutschlands. Um zukünftigen Ge-  
 nerationen gerecht zu werden, ist eine verantwortungs-  
 volle Haushaltspolitik notwendig. Gleichzeitig ist das so-  
 ziale Miteinander in unserem Land in Gefahr. Unsicherheit  
 und Angst vor sozialem Abstieg sind Sorgen, auf welche  
 die Politik adäquate Lösungen finden muss.

Wir müssen festhalten, dass die Desinformation und der  
 Populismus, welche mit der Corona-Pandemie noch ein-  
 mal zugenommen haben, eine ernstzunehmende Bedro-  
 hung für unsere demokratische Gesellschaft darstellen.  
 Die Umfragewerte der AfD sind Ausdruck dessen. Rechts-  
 extreme meinen nun wieder salonfähig geworden zu sein.  
 Die Mitte Studie bezeugt eine Verdreifachung rechtsex-  
 tremer Weltbilder in der Bevölkerung. Hass und Hetze und  
 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind auf dem  
 Vormarsch.

Der aktuelle Entwurf für den Bundeshaushalt sieht dras-  
 tische Kürzungen vor, u.a. in gerade jetzt so wichtigen Be-  
 reichen wie

- die Kinder- und Jugendhilfe,
- Migrationsberatung für Zuwandernde,
- Familien- und Jugendbildungsstätten
- Bundeszentrale Politische Bildung.

Die Sparmaßnahmen haben weitere deutliche Folgewir-  
 kungen auf die Finanzsituation der Länder und Kommun-  
 nen.

Als Sozialdemokratie dürfen wir es nicht zulassen,  
 dass die Handlungsfähigkeit des Staates unter einer  
 Austeritäts- und Steuervermeidungsideologie geopfert  
 wird und stattdessen Hass und Hetze zu einer Abschot-  
 tung vor Migrant:innen führen und damit dem „Tritt nach  
 unten“ der Weg bereitet wird.

48        dung, politische Bildung und Demokratieförderung,  
 49        den sozialen Wohnungsbau, soziale und physische  
 50        Infrastruktur in aufnehmenden Kommunen, früh-  
 51        kindlicher Erziehung sowie bei Gesundheit und Pfl-  
 52        ge

53 In Krisenzeiten wie heute ist die Einhaltung der Schulden-  
 54 bremsen ein nicht hinnehmbares gesellschaftliches Risiko.  
 55 Daher fordern wir:

- 56        • Abschaffung der Bundes-Schuldenbremse oder
- 57        deutliche Erweiterung der Ausnahmemöglichkeiten
- 58        in Krisensituationen.
- 59        • Abschaffung der Landes-Schuldenbremsen oder
- 60        deutliche Erweiterung deren Ausnahmemöglichkeiten
- 61        in Krisensituationen.

62  
 63 Wir brauchen eine moderne Finanzpolitik, die der Genera-  
 64 tionengerechtigkeit und dem sozialen Zusammenhalt ge-  
 65 recht wird. Wir dürfen nicht an der falschen Stelle sparen.  
 66 Eine Gegenfinanzierung von Investitionen muss perspek-  
 67 tivisch sichergestellt sein. Es ist dabei nicht länger hin-  
 68 nehmbar, dass der wohlhabendste Teil der Gesellschaft  
 69 sich teilweise aus der Steuergerechtigkeit verabschiedet  
 70 hat.

- 71  
 72 Deshalb fordern wir:
- 73        • die Wiedereinführung der Vermögenssteuer
  - 74        • Reform der Erbschaftssteuer zur solidarischen Ver-
  - 75        mögensbeteiligung der Superreichen
  - 76        • Erhöhung der Einkommenssteuer auf spitzen Ein-
  - 77        kommen

78  
 79 Demokratie braucht uns jetzt. Verteidigen wir sie gemein-  
 80 sam in ihrer Vielfalt.

81  
 82  
 83  
 84  
 85

- Daher fordern wir:
- Aussetzung der Schuldenbremse auf Bundesebene
  - die Rücknahme der Sparmaßnahmen in den oben genannten Bereichen
  - Zukunftsweisende und massive Investitionen in Bildung, politische Bildung und Demokratieförderung, den sozialen Wohnungsbau, soziale und physische Infrastruktur in aufnehmenden Kommunen, frühkindlicher Erziehung sowie bei Gesundheit und Pflege

In Krisenzeiten wie heute ist die Einhaltung der Schulden-  
 bremsen ein nicht hinnehmbares gesellschaftliches Risiko.  
 Daher fordern wir:

- Abschaffung der Bundes-Schuldenbremse oder deutliche Erweiterung der Ausnahmemöglichkeiten in Krisensituationen.
- Abschaffung der Landes-Schuldenbremsen oder deutliche Erweiterung deren Ausnahmemöglichkeiten in Krisensituationen.

Wir brauchen eine moderne Finanzpolitik, die der Generationengerechtigkeit und dem sozialen Zusammenhalt gerecht wird. Wir dürfen nicht an der falschen Stelle sparen. Eine Gegenfinanzierung von Investitionen muss perspektivisch sichergestellt sein. Es ist dabei nicht länger hinnehmbar, dass der wohlhabendste Teil der Gesellschaft sich teilweise aus der Steuergerechtigkeit verabschiedet hat.

- Deshalb fordern wir:
- die Wiedereinführung der Vermögenssteuer
  - Reform der Erbschaftssteuer zur solidarischen Vermögensbeteiligung der Superreichen
  - Erhöhung der Einkommenssteuer auf spitzen Einkommen

Demokratie braucht uns jetzt. Verteidigen wir sie gemeinsam in ihrer Vielfalt.